

Die gespaltene Gesellschaft

Die einen sind arbeitslos, die anderen mehren an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen: Arm und Reich driften in Deutschland auseinander, und in der Mittelschicht wächst die Angst vor dem Absturz – mit gefährlichen Folgen. Wieviel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

In den Schuldnerberatungen von Caritas und Paritätischem Wohlfahrtsverband findet sich immer häufiger eine Klientel ein, die dort vor geraumer Zeit noch nicht anzutreffen war: Familienväter, die einmal 7000 bis 9000 Mark verdient haben.

Sie wähten sich sicher – bis sie entlassen wurden.

Schon die zeitweilige Arbeitslosigkeit reicht aus, auch Abteilungsleiter oder Ingenieure finanziell und sozial abrutschen zu lassen. Mühsam halten viele Absteiger nach außen das heile Bild des Wohlstands aufrecht – notfalls auf Pump.

Inzwischen gelten rund zwei Millionen private Haushalte als überschuldet: Sie können Zinsen und Tilgung für ihre Kredite nicht mehr tragen. „Immer mehr Menschen“, meldet die R+V Versicherung, „leben am Rande des finanziellen Ruins.“

Daß sich etwas verändert hat, das spüren alle, die bisher mit den Vertretern der Randschichten der Gesellschaft zu tun hatten – und die sich plötzlich Menschen gegenübersehen, die bis vor kurzem der Mittelschicht angehörten. „Unsere Antragsteller kommen jetzt aus allen Berufen“, beschreibt die Kölner Sozialdezernentin Ursula Christiansen die Leute, die sich um eine Sozialwohnung bemühen.

Politiker und Ökonomen sind alarmiert. Die jetzt betroffene Mittelschicht – leistungswillige Angestellte, geschäftstüchtige Selbständige, aber auch gutbezahlte Facharbeiter – bildete jahrzehntelang das Rückgrat der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Für sie hatte sich das Versprechen des Wirtschaftswunder-Ministers Ludwig Erhard („Wohlstand für alle“) erfüllt. Sie waren die schweigende, weil zufriedene Mehrheit



Edelrestaurant (in München): Die oben verdienen

des Landes. Die Regierungen von SPD und CDU konnten sich auf diesen Block, der monolithisch in der Mitte der Gesellschaft ruhte, verlassen. Das Bürgertum war gegen rechte wie linke Extreme resistent.

Der Börsenboom und die Massenarbeitslosigkeit bringen nun die alte Statik durcheinander: Die Reichen werden ständig reicher – auch zahlreicher. Das Heer der Bedürftigen nimmt in mindestens glei-



Armenspeisung (in Berlin): Die ganz unten sind zum Nichtstun verdammt

P. GLASER



W. M. WEBER

doppelt gut – im Job und an der Börse

chem Tempo zu. Und die Mittelschicht, die große Gruppe der Otto-Normalverbraucher, erodiert allmählich, einige steigen auf, aber viele rutschen ab.

Die Gewißheit, nach Schule, Ausbildung oder Studium für immer zum einigermaßen begüterten Teil der Gesellschaft zu gehören, verflüchtigt sich. Soziologen registrieren im Bürgertum eine wachsende Angst vor dem Absturz. Die Furcht ist berechtigt, sagen die Experten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: „Das Armutsrisiko reicht heute bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein.“

So entsteht eine Republik der Gegensätze: Die oben verdienen oft doppelt gut – im Job und an der Börse. Die in der Mitte schufteten auch – aber für einen Lohn, mit dem sich zuweilen nur schwer die gewohnte Lebensführung bestreiten läßt.

Arbeit lohnt sich nicht mehr – das gilt für viele, die bisher glaubten, ein Job sichere die Existenz und einen zwar bescheidenen, aber stetig wachsenden Wohlstand.

Netto haben immer mehr immer weniger: Die Löhne wachsen, wenn sie denn wachsen, langsamer als die Preise, die Sozialabgaben und die Steuern steigen. Die Politik scheint unfähig, den Reichen einen gerechteren Anteil abzuverlangen. Die Steuersätze sind zwar hoch – sogar zu hoch –, aber vielfältig sind die Schlupflöcher, die es gerade Gutbetuchten ermöglichen, den staatlichen Abgaben zu entfliehen.

Normalverdiener haben diese Möglichkeit nicht. Sie zahlen immer mehr: Steuern und all die Abgaben, die auf immer weniger Arbeitsplatzbesitzer verteilt werden.

Längst hat die ungleiche Verteilung von Arbeit und Vermögen das Gesicht des Landes verändert. In den Zentren locken immer neue Edelboutiquen, draußen am Stadtrand rutschen ganze Trabantenviertel in die Armut. Auf den großen Alleen der Stadt fahren die Cabrios der Gewinner dicht an dicht, untendrunter verkommt so manche U-Bahn-Linie zum Spielfeld der Ausgestoßenen.

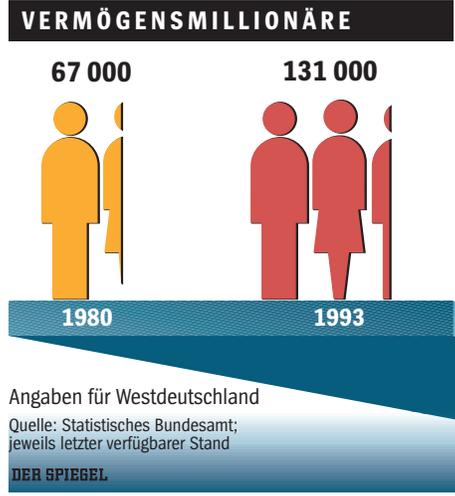
Selbst in Stadtvierteln, die früher als gut bürgerlich galten, findet ein Szenenwechsel statt. Vor der Kulisse schmucker Wohnhäuser schleichen immer mehr Menschen durch die Straßen, deren Hab und Gut in zwei Plastiktüten paßt.

Nur noch die Ränder der Gesellschaft melden Wachstum: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich binnen eines Jahres

um eine Viertelmillion erhöht. Die Vermögensmillionäre legten innerhalb von vier Jahren (1989 bis 1993), so das Wiesbadener Bundesamt für Statistik in seiner neuesten Erhebung, ebenfalls mächtig zu – plus 25 Prozent.

Deutschland driftet fast lautlos auseinander – dabei summieren sich die Sozialerlöse aller öffentlichen Hände auf über eine Billion Mark pro Jahr. Aber das Vertrauen in das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, so eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, „ist auf Talfahrt“: 43 Prozent der ostdeutschen und 27 Prozent der westdeutschen Bevölkerung beurteilen die Wirtschaftsordnung inzwischen negativ.

Die kritische Einschätzung hat auch im Westen stark zugenommen. So ist heute die große Mehrheit davon überzeugt, daß die meisten Unternehmer jegg-





D. HOPPE / NETZHAUT

Deutsche beim Konsum (in Oberhausen): Schleppende Umsätze im Einzelhandel

liche soziale Einstellung vermissen lassen. „Alte Formeln von Klassegegensätzen und Klassenkampf scheinen der Bevölkerung zunehmend wieder geeignet zur Beschreibung der sozialen und ökonomischen Realität“, analysiert Allensbach-Forscherin Renate Köcher.

Bundespräsident Roman Herzog hat als einer der ersten Politiker die „neuen sozialen Unterschiede“ offen angesprochen. Die Kirchen mahnen: „Tiefe Risse gehen durch unser Land.“

Getrieben von der SPD, die seit Monaten gegen eine Steuerreform „für Chefärzte und andere Millionäre“ Front macht, befaßt sich auch die konservativ-liberale Regierung mit dem Thema. Arbeitsminister Norbert Blüm klagte jüngst im CDU-Vorstand, daß „hohe Gewinne, sinkende Steuereinnahmen und immer mehr Entlassungen“ einfach nicht mehr zusammenpaßten. Es gebe „ein wachsendes Problem in unserer Gesellschaft, und das heißt Gerechtigkeit“.

So sieht das auch Bundeskanzler Helmut Kohl, sagen seine Berater. Die Strategen im Kanzleramt glauben mittlerweile, das Thema werde den nächsten Wahlkampf besonders prägen – ihn vielleicht sogar entscheiden. „Die soziale Unsicherheit, aber auch der Neid“, fürchtet die FRANKFURTER ALLGEMEINE, „könnten ein politisches Ventil suchen: bei den Wahlen.“

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg lieferte den Parteien „den Vorgeschmack auf das, was noch kommen könnte“, warnt der Berliner Politologe Elmar Altvater. Die re-

gierende SPD wurde in der Hansestadt von ihrer einstigen Stammwählerschaft, den Arbeitern, abgestraft, der rechtsradikalen DVU fehlten nur 238 Stimmen zum Einzug in die Bürgerschaft. „Wenn die Ungleichheit zu groß wird“, so Altvater, „gerät die Demokratie in Gefahr“ (siehe Seite 101).

Dem Land steht eine neue Debatte über Reichtum und Armut bevor, die es verdient, jenseits des Links-rechts-Schemas geführt zu werden: Treibt der Turbokapitalismus die Gesellschaft fast zwangsläufig auseinander?

Oder tut eine größere Ungleichheit der Marktwirtschaft sogar gut? Verführt der Reiz des Geldes zu Unternehmensgründungen und Innovationen, mobilisiert die Spreizung der Einkommen vielleicht sogar die Leistungsbereitschaft einer verkrusteten Gesellschaft?

Aufhalten läßt sich der Trend zur Globalisierung ohnehin nicht, aber er kann durch Politiker und Tarifparteien gestaltet werden. Für die Macher in Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Parteien lautet die entscheidende Frage daher: Wie weit darf die Spreizung gehen? Was können Staat und Unternehmen tun, um dem Prozeß seine Brutalität zu nehmen, ohne die stimulierende Wirkung

eines nach Gerechtigkeitskriterien noch akzeptablen Wohlstandsgefälles zu zerstören?

Fest steht: Die Verteilung der Vermögen im Lande verschiebt sich immer mehr. Gerecht war sie auch bisher nicht, Geldvermögen, Immobilien und Betriebsvermögen liegen in den Händen einer relativ kleinen Schicht. Fünf Prozent der privaten Haushalte besitzen mehr als ein Drittel des gesamten privaten Vermögens. Im Durchschnitt verfügt jeder dieser Haushalte über Werte von mehr als zwei Millionen Mark. Die untere Hälfte der Gesellschaft besitzt dagegen nur knapp zehn Prozent aller pri-



B. BOSTELMANN / ARGUM

Frankfurter Börse: So einfach, Millionär zu werden

vaten Vermögenswerte – im Durchschnitt nicht einmal 59 000 Mark pro Kopf.

Die ungleiche Verteilung der Vermögen wird vorangetrieben durch die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen: Das verfügbare Realeinkommen der Selbständigen stieg von 1980 bis 1995 im Vergleich zum Durchschnittseinkommen um 54,3 Prozent, während das der Arbeitnehmer um fast 10 Prozent sank.

Noch geht es den meisten gut, sofern sie denn einen Job haben. Die Deutschen sind noch immer Reiseweltmeister, zu Ferienzeiten sind die Pauschallieger ausgebucht. Aber dafür wird andernorts gespart, seit 1992 klagt der Einzelhandel über schlepende Umsätze.

Doch die Schere öffnet sich – zwischen denen, die sich immer mehr, und denen, die sich immer weniger leisten können. Einfache Tätigkeiten rutschen in der Bezahlung nach unten, eine kleine Gruppe von Angestellten rückt in bislang ungeahnte Einkommenskategorien vor.

Wer den richtigen Beruf hat, kann schon in jungem Alter viel Geld verdienen. „Mit 35 Jahren – 150 000 Mark und mehr“, titelte jüngst das Wirtschaftsmagazin CAPITAL – und berichtete, daß immer mehr junge Führungskräfte diese Schallmauer überspringen, die „für fast 98 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer eine unüberwindliche Hürde“ darstelle.

„Noch nie“, bestätigt Unternehmens- und Personalberater Jochen Kienbaum, „waren die Chancen so gut, ohne Umweg in die Topetagen der deutschen Wirtschaft zu stoßen.“ Auch Robert Koehler, Chef der Wiesbadener SGL Carbon sagt: „High Potentials können durchstarten.“

Volkswirte bringen es mit Mitte 30 in Führungspositionen leicht auf 170 000 Mark; Juristen, die ihre Karriere nach der Universität mit durchschnittlich 74 000 Mark beginnen, dürfen laut Kienbaum mit 35 Jahren in einem Großkonzern sogar auf rund 200 000 Mark per annum hoffen.

Das Signal der Firmen für ihre Mitarbeiter ist klar: Leistung lohnt sich. Und wer als Selbständiger beginnt, kann – bei deutlich größerem Risiko – natürlich auch größere Einkommenssprünge erzielen.

Auf Super-Gagen für Super-Leistung darf eine Marktwirtschaft nicht verzichten. Reichtum, sagt selbst der Bochumer Armutsforscher Professor Ernst-Ulrich Huster, stellt „die Vorbedingung für unternehmerische Risikobereitschaft dar“.

Die großen Einkommen flossen zu einem guten Teil an die Börse – und vermehrten sich dort im Eiltempo. Kleinere Rückschläge, wie zum Beispiel in den vergangenen Wochen, werden da locker weggesteckt. Wer sein Geld etwa in US-Stan-

Während die Spitzengehälter steigen, kämpft die Masse gegen Reallohnverluste

dardaktien angelegt hat, konnte das eingesetzte Kapital seit dem Crash im Oktober 1987 um 325 Prozent steigern.

Mit Zeitverzögerung zündete die Börsenrakete auch hierzulande. Der Dax, der Deutsche Aktienindex, meldete bis vor kurzem Rekord auf Rekord, in der zweiten Juli-Woche übersprang das Börsenbarometer die magische 4000-Punkte-Grenze.

Seit Anfang 1996 ist der Dax, in dem die größten deutschen Aktiengesellschaften vertreten sind, um 82 Prozent nach oben geschneilt. Viele Werte haben sich trotz der jüngsten Kursturbulenzen in derselben Zeit sogar vervielfacht: SAP plus 110 Prozent, Porsche plus 300 Prozent, Sixt plus 500 Prozent – noch nie war es in Deutschland so leicht, Millionär zu werden.

Doch nur Gutverdiener – Manager, Unternehmer, Anwälte, Architekten oder Ärzte – können an den Wertpapiermärkten kraftvoll mitspielen. Gerade knapp sechs Prozent der deutschen Haushalte besitzen heute Aktien.

Es hat sich, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst monierte, eine Zweiklassengesellschaft entwickelt: Die große Masse der Deutschen muß mit Kapitaleinkünften „in geringer Höhe“ leben; für eine kleine Minderheit hingegen „sind Vermögenseinkünfte von beträchtlicher Bedeutung“.

Derweil die Gehälter für Spitzenjobs steigen, kämpft die Masse der Beschäftigten gegen Reallohnverluste. Im Zuge der Globalisierung wächst der Druck auf die Löhne. Für viele Arbeiter reicht das Einkommen kaum mehr aus, die Familie ohne Zuschüsse aus den Sozialkassen zu ernähren.

Gleichzeitig hat die öffentliche Hand alles nur noch schlimmer gemacht: Auch bei relativ kleinen Einkommen greift der Staat rücksichtslos zu. Lohnsteuer und Sozialabgaben auf die durchschnittlichen Arbeitseinkommen stiegen seit 1980 um ein Viertel auf 35 Prozent; im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Ertragsteuern der Unternehmen von 16 auf 5 Prozent der gesamten Steuereinnahmen.

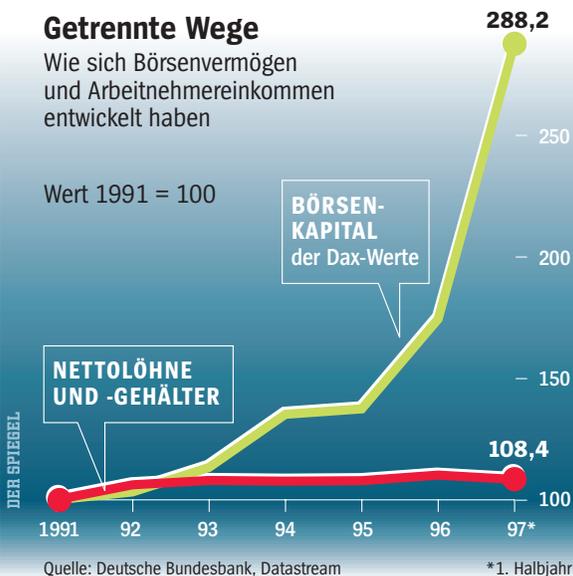
Am unteren Ende der Lohnskala driften immer mehr Beschäftigte in die Armut ab: Es entsteht, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, eine Klasse der „working poor“. „Es ist unglaublich“, sagt Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, „aber die Armut in der Arbeit wächst.“

So hat sich seit 1978 die Zahl derjenigen, die voll arbeiten, aber nicht einmal halb soviel wie der Durchschnittsdeutsche – 50 000 Mark – bekommen, auf elf Prozent erhöht; die Hälfte des Durchschnittseinkommens gilt für Haushalte als gängige Definition für die relative Armutsgrenze. In 10 Branchen lag der tarifliche Mindestlohn 1995 bei unter 1600 Mark, in weiteren 13 unter 1800 Mark. Die niedrigste tarifliche Grundvergütung wurde in der rheinland-pfälzischen Lederwaren- und Kofferindustrie gezahlt: 1252 Mark brutto pro Mo-

Getrennte Wege

Wie sich Börsenvermögen und Arbeitnehmereinkommen entwickelt haben

Wert 1991 = 100



Billigjob Müllsortieren: Tiefe Risse gehen durch das Land



D. BOSTELMANN / ARGON

Pfandleiher (in Frankfurt): Immer mehr Menschen leben am Rande des Ruins

nat. Von Armut betroffen sind vor allem Alleinerziehende und Arbeitslose, in beiden Gruppen sei, so der Frankfurter Sozialpolitikprofessor Richard Hauser, „eine deutlich steigende Tendenz der Armutsquoten zu erkennen“. Im Westen gilt ein Drittel aller Haushalte mit mindestens einem Arbeitslosen als arm, bei den Alleinerziehenden sind es kaum weniger.

In vielen Städten können es sich Normalverdiener wie Polizisten oder Postbeamte nicht mehr leisten, da zu wohnen, wo sie arbeiten. Sie müssen lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen, um mit ihrem Gehalt einigermaßen auszukommen.

Seit die Konzerne ganze Hierarchie-Ebenen wegrationalisiert haben, tauchen in den Arbeitsämtern zunehmend ehemalige Manager auf. Wer von ihnen älter als Mitte 40 ist, hat immer weniger Chancen, wieder einen vergleichbaren Job zu finden.

Die Reichen haben für die Probleme der anderen nicht allzuviel übrig – zumindest kein Geld. Sie haben andere Sorgen: Viele tun vieles, manche alles, um das Vermögen vor dem Zugriff des Umverteilungsstaates zu schützen. In vielen besonders wohlhabenden Gemeinden und Stadtteilen sind die Steuereinkünfte in den vergangenen Jahren drastisch zurückgegangen – nicht, weil die Leute ärmer, sondern, weil sie, mit staatlicher Hilfe, trickreicher geworden sind.

Das Geld fließt in vom Finanzministerium unterstütz-

te Abschreibungsmodelle, in ostdeutsche Immobilien oder bis vor kurzem auch in Schiffsbeteiligungen, bahnt sich seinen Weg auf Bankkonten in Luxemburg, zu Treuhändern auf den Kanalinseln oder in anonymen Liechtensteiner Stiftungen.

Zehntausende von Reichen haben, so glauben bundesdeutsche Steuerfahnder, auf solche Weise Geld ins Ausland gebracht – oftmals mit Hilfe der Banken. Der prominenteste Verdächtige: Wolfgang Rölller, der zurückgetretene Aufsichtsratschef der Dresdner Bank. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft vermutet, daß der mächtige Banker hinter einer geheimnisvollen Vaduzer Stiftung namens Gallumena steht, in der ein Treuhänder mehrere Millionen Schweizer Franken verwalten soll (SPIEGEL 38/1997).

Geradezu demonstrativ verlegen vor allem Prominente ihren Wohnsitz dorthin,

wo die Abgaben niedrig sind. Sie sagen dem deutschen Wohlfahrtsstaat adieu – auf Nimmerwiedersehen.

In der Schweiz präsentierte das Wirtschaftsmagazin BILANZ jüngst hinter einem goldgefärbten Titelblatt die Rangliste der 200 Topverdiener, an der Spitze die drei Großaktionäre des Pharmakonzerns Roche mit einem Vermögen von mehr als zwölf Milliarden Franken. Doch wenige Plätze tiefer folgen schon die ersten Zugezogenen aus Deutschland.

Zu den Millionären und Milliardenären, die ins Nachbarland übersiedelt sind, zählen der Altplayboy Gunter Sachs, die Brüder Friedrich-Christian und Gert-Rudolf Flick, Mick und Muck genannt, die Erben der Keks-Familie Bahlsen und die Kräuterlikör-Dame Hubertine Underberg – jeder vierte Krösus in der Schweiz stammt aus Deutschland.

Als vorerst letzter kam aus Monaco einer der ärmeren Ausreißer, mit einem geschätzten Vermögen von knapp 200 Millionen, angebraust. Formel-1-Pilot Michael Schumacher hat sich am Genfer See eine Villa gekauft.

Nicht immer war die Vermögensverteilung hierzulande derart schief wie heute. Als die Menschen sich nach dem Krieg an den Wiederaufbau machten, da wurde im Osten Deutschlands das Eigentum nach sowjetischem Vorbild sozialisiert.

Auch im Westen hielten die meisten zunächst fast nichts in Händen: Viele Häuser und Fabriken waren zerstört, und mit der Stunde Null, der Währungsreform am 20. Juni 1948, bekam jeder ein „Kopfgeld“ von 40 Mark ausgehändigt.

Das Geldvermögen aus den Vorkriegsjahren war fast nichts mehr wert, Sparkonten wurden im Verhältnis 6,50 Mark zu 100 Reichsmark abgewertet. Und so entließ der harte Schnitt die Westdeutschen mit einem Geldbesitz von gerade 20 Milliarden Mark in die Nachkriegszeit – heute besitzt allein die Familie der Aldi-Brüder Theo und Karl Albrecht soviel Geld.

Der Wechsel von der Reichsmark zur D-Mark war der Start ins Wirtschaftswun-

Großer Reichtum – ungleich verteilt



„Sparlohn statt Barlohn“

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapitalvermögen findet quer durch die Parteien immer mehr Anhänger. Aktien für alle – das Modell der Zukunft?

Seit 27 Jahren schon kämpft der christlich-demokratische Arbeitnehmer Wolfgang Vogt, 67, im Bundestag für ein Ziel: die Einführung des Investivlohns.

Nur ein Bruchteil vom monatlichen Salär, so die simple Idee, müßte jeder Beschäftigte regelmäßig in Firmenbeteiligungen anlegen, um später wachsenden Profit einzustreichen, wie ein richtiger Unternehmer.

Unermüdlich predigte Vordenker Vogt im Parlament die Vision von der „Teilhabe aller Bürger am Produktivvermögen“. Die versammelten Volksvertreter reagierten immer gleich: Sie applaudierten begeistert – und gingen zur Tagesordnung über. Doch plötzlich ist die alte Idee hochaktuell. „Endlich“, freut sich Vogt, „kommt Musik in das Thema.“

Seit die Aktienmärkte boomen und die Arbeitslosenzahlen immer neue Negativrekorde erreichen, machen sich auch die Politiker Gedanken über das wachsende Ungleichgewicht zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen. Sie fürchten den sozialen Sprengstoff, der droht, wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet.

Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll das Problem lösen. Quer durch alle Parteien fordern Politiker einen neuen Volkskapitalismus.

„Der Übergang von der Mitbestimmung in die Miteigentümergeinschaft“, so Grünen-Vordenker Joschka Fischer, „wird die große sozialreformerische Antwort auf die Globalisierung sein.“ Ein „Teil künftiger Lohnzuwächse“ müsse daher in Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden, fordert er.

Dem SPD-Parteichef Oskar Lafontaine schwebt gar „eine neue Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit“ vor. Die Beteiligung der Beschäftigten „am Kapital und am Gewinn der Unternehmen“, orakelt er, werde für „mehr Motivation und damit auch für mehr Innovation“ sorgen.

Auch die Union müht sich, Entschlossenheit zu demonstrieren. Druck macht vor allem die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). „Sollte sich in der Koalition nichts bewegen“, so droht deren Bundesvorsitzender Rainer Eppelmann, werde die CDA spätestens im Frühjahr einen Gruppenantrag in den Bundestag einbringen – „um den Investivlohn notfalls mit Hilfe von SPD und Grünen anzuschieben“.

An der Oberfläche zeigte der Druck schon Wirkung: „Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, so ließ CDU-Generalsekretär Peter Hintze in einem Leitantrag für den Parteitag Mitte Oktober in Leipzig festhalten, „fördert die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und ist damit ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Schöne Worte, doch was kann die Politik wirklich tun? Auch künftig wird der

mentzertifikaten oder Genußscheiden anlegen. Die Förderung ist freilich auf einen bescheidenen Rahmen beschränkt – das zu versteuernde Jahreseinkommen darf bei Ledigen 27000 Mark, bei Verheirateten 54000 Mark nicht übersteigen.

Daneben, so sieht es Paragraph 19a des Einkommensteuergesetzes vor, können Unternehmen ihren Mitarbeitern steuer- und sozialabgabenfrei Rabatte auf Belegschaftsaktien oder andere Beteiligungsformen einräumen. Allerdings muß sich der Preisvorteil wiederum in engen Grenzen bewegen – per annum maximal 300 Mark.

Kein Wunder also, daß Deutschlands Arbeitnehmer sich bisher kaum zu Beteiligungen an Unternehmen drängen ließen (siehe Grafik).

Schwung soll jetzt ein zwischen den Tarifpartnern vereinbarter Investivlohn bringen. Eifrig feilen Sozialdemokraten, Union und Grüne an Konzepten.

Schon im Mai legte eine SPD-Arbeitsgruppe unter Leitung von Hessens Ministerpräsident Hans Eichel ein Konzept zur „Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen“ vor. Bei „der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage“, so leitete die Kommission ihren Vorschlag nüchtern ein, gebe es jedoch keine Chance „für eine arbeitgeberfinanzierte Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer“. Im Klartext: Die Beschäftigten

müßten Abstriche beim Barlohn akzeptieren.

Solche Aussichten mißfallen dem Wahlkämpfer Lafontaine „in einer Zeit, in der wir seit acht Jahren keine Reallohnzuwächse mehr haben“. Die „Ausarbeitung“ der Eichel-Kommission, befand der SPD-Chef vorvergangene Woche knapp, müsse „weiterentwickelt werden“.

Auch in der Union ist die interne Diskussion längst nicht abgeschlossen. Frak-

Ein Stück vom Kuchen

Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen in Deutschland 1996

	Summe in Milliarden Mark	Zahl der Unternehmen	Mitarbeiter
Belegschaftsaktien	13,0	350	1 600 000
Genußkapital	1,5	200	80 000
Mitarbeiter-Darlehen	0,8	500	100 000
Stille Beteiligung	0,7	1000	250 000
GmbH-Beteiligung	0,05	150	5000
Genossenschaftsanteile	0,045	300	15 000

DER SPIEGEL

finanzschwache Staat angesichts leerer öffentlicher Kassen die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen allenfalls mit bescheidenem Einsatz fördern können.

Die Unterstützung, 1996 ganze 230 Millionen Mark, tröpfelt derzeit aus zwei Quellen: Einen Zuschuß von zehn Prozent gewährt die öffentliche Hand nach dem fünften Vermögensbildungsgesetz, wenn Arbeitnehmer bis zu 936 Mark pro Jahr etwa in Aktien, Invest-

tionschef Wolfgang Schäuble versicherte jedoch, daß ihm die Einführung des Investivlohns „am Herzen“ liege. Möglichst bald will er eine Initiative starten. Details sind derzeit noch völlig offen.

Gesprächsgrundlage bei CDU/CSU ist ein vertrauliches Papier „für eine allgemeine Kapitalpartnerschaft“ – verantwortlich zeichnen Heiner Geißler und Hans-Peter Repnik. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden schlagen als „Eckpunkte einer Gesetzesinitiative“ vor, tarifvertraglich vereinbarte Investivlöhne künftig nach dem Vermögensbildungsgesetz zu fördern – eine derartige „Lohnverwendungsabrede“ führt nach geltendem Recht zum Verlust der staatlichen Sparzulage.

Zugleich, so das Papier, sollen die jährlichen Einkommensgrenzen bei der Beteiligungsförderung auf 50 000 Mark für Ledige und 100 000 Mark für Verheiratete angehoben und der Höchstanlagebetrag von 936 auf 1200 Mark aufgestockt werden. Bisher scheiterte das Vorhaben freilich am Einspruch Theo Waigels. Der Finanzminister bezifferte die Ausgaben auf bis zu drei Milliarden Mark jährlich.

Einige deutsche Konzerne warten nicht ab, ob sich die Idee der Mitarbeiterbeteiligung in Bonn durchsetzt, sie entwickeln eigene Modelle. Lufthansa, Telekom oder der Reifenhersteller Continental beschreiten dabei völlig neue Wege. Die Unternehmen gewähren ihren Beschäftigten zinslose Kredite – die Mitarbeiter können dadurch mehr Belegschaftsaktien kaufen und um so stärker von Kursgewinnen profitieren. Der Clou dabei: Das Modell, „Leveraged Employee Stock Ownership Plan“ genannt, bietet eine mehrjährige Absicherung gegen Kursverluste.

In allen politischen Lagern wächst das Interesse an den modernen Formen der Mitarbeiterbeteiligung. Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder und SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping ließen sich vorige Woche von Fachleuten über den neuesten Stand der Diskussion informieren.

Nur die Freien Demokraten beobachten das Treiben der politischen Konkurrenz mit professionellem Desinteresse. Zwar veranstaltete die FDP schon vergangenen Oktober eine Expertentagung „Sparlohn statt Barlohn“, das Resultat fiel aber wenig mitreißend aus. Über die „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, faßte FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms die gewonnenen Erkenntnisse zusammen, müsse „neu nachgedacht werden“.

Die Anregung dürfte CDU-Arbeitnehmer Vogt an alte Zeiten erinnern.



H. SCHWARZBACH / ARGUS

Produktion im Ausland*: Die Jobs wandern ab, der technische Fortschritt tut ein übriges

der. Frohgemut arbeitete Ludwig Erhard, der „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, an einer Gesellschaft der „Freien und Gleichen“. Und in der Tat: Mit Fleiß und viel Einsatz steigerten die meisten Deutschen ihr Einkommen binnen zehn Jahren um das Doppelte. Daß viele Unternehmer in derselben Zeit um das Drei- oder Vierfache zulegten – wen störte das schon? Die Wirtschaft wuchs anfangs mit traumhaften Raten von bis zu zwölf Prozent, und die meisten profitierten davon.

Mit dem neugewonnenen Geld kauften sich die Westdeutschen die lang vermißten Konsumgüter, und sie hatten bald schon genug, um sich in den fünfziger Jahren wieder auf ihre liebste Tugend zu besinnen: das Sparen. Und es entstanden die ersten größeren privaten Geldvermögen.

Erst als das Wirtschaftswunder in den sechziger Jahren an Schwung verlor, wurde den meisten bewußt, daß der Wohlstand doch nicht alle gleichermaßen erreicht hatte. Denn da gab es diejenigen, die trotz Zerstörung einen guten Teil ihres Vermö-

gewachsen im jungen Wohlstand, ausgebildet an noch nicht überlaufenen Universitäten, profitierten die begüterten Kinder von der Aufbauleistung ihrer Eltern.

Sie verdienten als Anwälte, Ärzte oder Ingenieure selbst nicht schlecht. Nun kamen Immobilien, Schmuck, Aktien und oft Mengen an Schwarzgeld hinzu.

Das große Erben setzt sich bis heute fort. In einer Gesellschaft, die im Durchschnitt immer älter wird, geht es dabei um immer größere Summen, um Häuser, Wertpapiere, Schmuck und mittelständische Firmen. Den über 65jährigen gehören inzwischen drei Viertel des bundesdeutschen Bar- und Immobilienvermögens. In den gut zwei Jahren bis zur Jahrtausendwende werden sie davon rund 2,7 Billionen Mark an ihre Kinder und Enkel weiterreichen. Jedem fünften Erben fallen mehr als 400 000 Mark zu, jeder vierzigste wird gar Millionär. Doch gerade Arbeiterfamilien bekommen von diesem Geldsegen nur wenig ab – die Kluft zwischen Arm und Reich wird noch größer.

Im Gefolge der Ölpreiskrise (1973/74) mußten viele Arbeiter erstmals erleben, daß ihre Jobs nicht auf ewig garantiert sind, während ihr mühsam Erspartes, das sich überwiegend auf Sparbüchern mit geringen Zinsen befand, von den hohen Inflationsraten der Siebziger kräftig entwertet wurde.

Die Vermögenden konnten sich schützen: Sie kauften jetzt Wertpapiere und Immobilien, um höhere Renditen als auf dem Sparkonto zu erzielen. Die Bundesbank registrierte unter den betuchteren Anlegern eine „Neuorientierung“: Mehr Risikobereitschaft und vor allem höhere Zinsansprüche setzten sich durch.

Die sozial-liberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt bemühten sich um einen Ausgleich der Interessen. Für diejenigen, die am unteren Ende der Wohlfahrtsskala standen, wurden zahlreiche neue Sozialgesetze verabschiedet oder aufgebessert: die flexible Grenze beim Rentenalter, eine starke Anhebung von Ar-

Die Finanzierung aus den Sozialkassen hat vor allem den Mittelstand belastet

gens aus der Nazi-Zeit hinübergerettet hatten: die Flicks, die Krupps, die Thyssens.

Zu den Dynastien gesellte sich schnell ein neuer Typus des deutschen Unternehmers: Prominente Aufsteiger wie die Versandhauskönige Josef Neckermann und Gustav Schickedanz, der Autobauer Carl Borgward oder der Elektronikfabrikant Max Grundig nutzten die Boomjahre für den Aufbau ihrer Imperien.

Spätestens seit den siebziger Jahren folgte dieser ersten Generation der Reichen eine zweite: Das große Erben begann. Auf-

* Chinesische Arbeiterinnen in einer Fabrik des Hamburger Chemiekonzerns Beiersdorf in Schanghai.

beitslosengeld und -hilfe, das Wintergeld am Bau und Vergünstigungen im Gesundheitsbereich. Doch seit die Massenarbeitslosigkeit grassiert und der Staat in der Schuldenfalle sitzt, ist es vorbei mit vielen staatlichen Wohltaten. Die Begünstigten von gestern zählen nun zu den Opfern der Rotstiftpolitik.

Die Finanzierung der Einheit hat die Ungleichheit weiter verschärft. Weil ein großer Teil der Lasten aus den Sozialkassen (Arbeitslosen- und Rentenversicherung) bezahlt wurde, blieben die Selbständigen weitgehend verschont.

Über eine Billion Mark flossen bisher von West nach Ost. Von 1991 bis 1995 mußten die privaten Haushalte jährlich 88 Milliarden Mark zusätzlich aufbringen, darunter 37 Milliarden über höhere Steuern, 28 Milliarden durch angehobene Sozialversicherungsbeiträge und 23 Milliarden durch Ausgabenkürzungen. Die Folgen der Einsparungen trafen meist das untere Drittel, die Finanzierung aus den Sozialkassen hat vor allem den Mittelstand belastet.

Parallel begann in Deutschland jene Kraft zu wirken, die weltweit für Verunsicherung sorgt: die Globalisierung. Immer stärker konkurrieren Werke und ihre Arbeiter hierzulande mit Werken und Arbeitern in Korea, Thailand und Brasilien. Die Folge: Arbeitsplätze wandern ab.

Längst müssen nicht nur schlecht bezahlte Näherinnen mit der Billigkonkurrenz in Fernost mithalten, in immer stärkerem Maße verfügen viele aufstrebende Staaten, die in ihr Bildungssystem investiert haben, über ein Heer von High-Tech-Kräften. Die machen nun verstärkt auch höherqualifizierten Arbeitnehmern am Standort Deutschland den Job streitig.

Der technische Fortschritt tat ein übriges. Zehntausende von Arbeitsplätzen wurden und werden noch durch die moderne Informationstechnologie wegrationalisiert: nicht nur in der Industrie, sondern auch bei Kreditinstituten, Banken, Versicherungen, Behörden und im Einzelhandel.

Diesen Trends kann sich kein westliches Industrieland entziehen. Auch in Frankreich, Italien und Großbritannien wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. „30 fette Jahre“ lang, so der französische Ökonom Jean Fourastié, habe das europäische Sozialmodell funktioniert. In Europa herrschte eine gemeinsame politische Kultur, die von einem starken Wunsch nach sozialem Konsens geprägt war: Die Ausgrenzung wurde durch intensive Hilfe für die Schwachen gebremst, im sozialen Dialog wurden die Früchte des reichlich vorhandenen Wachstums verteilt.

Sind die guten Zeiten nun vorbei? Geplagt von Massenarbeitslo-



R. NOBEL / VISUM

Luxus (in St. Tropez): Die globalisierte Welt zerfällt immer mehr in Sieger und Verlierer

sigkeit und Maastricht-Kriterien, blicken die Europäer inzwischen auf ein „verlorenes Paradies“ zurück, so Michael Hansenne, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Längst warnen Ökonomen davor, daß die globalisierte Welt immer mehr in Sieger und Verlierer zerfällt.

Die Sieger – das sind die Wissensarbeiter der Zukunft: Unternehmensberater, Ingenieure, Manager, oft hoch bezahlt und oft auch hoch bezahlt.

Die Verlierer – das sind in erster Linie die ungelerten Hilfskräfte, billig und doch teurer als Maschinen. Der amerikanische Ökonom Lester Thurow fürchtet: „Unsere Wirtschaft braucht eine große Gruppe unserer Bürger einfach nicht.“

Selbst in Schweden, einst der Wohlfahrtsstaat par excellence, ist das sozial fein austarierte System ins Rutschen geraten. „Zu Beginn der achtziger Jahre“, sagt

der Stockholmer Sozialforscher Johan Fritzell, „hatten wir die wohl ausgeglichene Einkommensverteilung im Westen. Seither ging es in die andere Richtung.“

Weil die öffentlichen Kassen nicht mehr hergaben, mußte die Regierung in Stockholm liebgewonnene Leistungen kürzen – und traf auch diejenigen, die ohnehin wenig haben. So büßten die Schweden in der untersten Gehaltsklasse innerhalb von sechs Jahren 30 Prozent ihres realen Nettoeinkommens ein.

Die Debatte um die Zukunft der Industriegesellschaft hat längst die akademischen Zirkel verlassen. Tony Blair, britischer Premier und Chef von New Labour, hat als einer der ersten gefragt: Wie kann aus einer Shareholder-Society, einer Gesellschaft, die sich vornehmlich um das Wohl der Aktionäre kümmert, eine Stakeholder-Society werden, eine Gemeinschaft, die sich um den gerechten Anteil aller Bürger bemüht?

In Deutschland spricht nun auch Gerhard Schröder, aussichtsreichster SPD-Kandidat für die Kanzlerschaft, von der „Teilhabe-Gesellschaft“, die neu austariert werden müsse. NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement strebt eine „kooperative Wirtschaftspolitik“ an, die den Ausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft organisieren soll.

Clement, aber auch große Teile der Union, denken konkret an Belegschaftsaktien. So könnte der Lohnausfall zumindest teilweise durch Aktiengewinne und Dividenden ausgeglichen werden. Sparlohn statt Barlohn – diese Idee findet in Deutschland immer mehr Befürworter (siehe Kasten Seite 94).

Norbert Blüm hätte keine Probleme damit, die Arbeitnehmer zu kleinen Kapitalisten zu machen: „Die Arbeitnehmer sind



DPA

Geschäft für Sozialhilfeempfänger (in Stuttgart)
„Autos kaufen keine Autos“

heute nicht mehr die Arbeitnehmer von vorgestern.“

Der Arbeitsminister stellt jedoch eine Bedingung: Es dürften nicht allein die Angestellten von Aktiengesellschaften von dieser neuen Form des Lohns profitieren. Er hält überbetriebliche Fonds für sinnvoll, vergleichbar den Investmentfonds, an denen alle Arbeitnehmer beteiligt werden: „Sonst gehen die Angestellten eines Finanzamtes leer aus.“

Die SPD in Bonn, von Oskar Lafontaine auf traditionellen Linkskurs getrimmt, fordert seit Monaten zusätzlich eine klassische Umverteilung von oben nach unten.

Der Erfolgskult der Reichen droht zur Quelle der Instabilität zu werden

Die Sozialdemokraten würden gern die Vermögensteuer, die auf Geheiß des Bundesverfassungsgerichts Ende 1996 abgeschafft wurde, zumindest teilweise wieder einführen – als Sondersteuer für Millionäre. Gesondert besteuert werden sollen die ganz großen Privatvermögen. Die werden auf immerhin drei Billionen Mark geschätzt.

Je reicher der Steuerpflichtige, so das SPD-Ansinnen, desto höher der Steuersatz. Netto-Vermögen von einer Million Mark aufwärts sollen – nach Abzug hoher persönlicher Freibeträge – mit einem Prozent belastet werden, ab 10 Millionen mit zwei Prozent und ab 50 Millionen mit drei Prozent.

So könnten „endlich auch große private Vermögen, die gegenwärtig gar nichts mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufkommen beitragen“, angezapft werden, heißt es in einem Papier der Arbeitsgruppe „Lastenausgleich“ des SPD-Präsidiums.

Die Niederlande und Großbritannien muten ihren Bürgern schon heute eine wesentlich höhere Besteuerung ihrer Vermögen zu, so das Ergebnis einer Studie der Uni Köln. Gemessen am gesamten Steueraufkommen, betrug der Anteil aller Ver-

mögensteuern in England 13,15 Prozent, in Holland 6,33 Prozent, aber in Deutschland 1996 nur 4,99 Prozent. Wenn 1998 die Gewerbesteuer nicht mehr erhoben wird, fällt Deutschland noch weiter zurück.

Mit Erstaunen wird im Kanzleramt registriert, wie die alten Parolen aufs neue verfangen. Womöglich hat sich der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der ein „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ prophezeit, gründlich geirrt.

Auch aufgeklärte Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler halten eine „The-Winner-Takes-All-Society“, wie die Amerikaner sagen, eine Gesellschaft nur für Siegertypen, für nicht akzeptabel. Sie fürchten um die Konsumkraft der Massen und um die politische Stabilität.

„Autos kaufen keine Autos“, hatte der amerikanische Autopionier Henry Ford schon zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise erkannt. Prominente Wirtschaftsleute eifern ihm heute nach.

So wettete erst jüngst Finanzspekulant George Soros gegen „Sozialdarwinismus“ und „Laissez-faire-Denken“ und warnte: „Falls es keinen Mechanismus der Umverteilung gibt, erreicht die Ungleichheit irgendwann ein nicht mehr tolerierbares Maß.“ Der „Erfolgskult“, der die Reichen belohnt, drohe zur „Quelle der Instabilität“ zu werden – auch für das liebste Spielfeld des George Soros, die Finanzmärkte.

Diese Angst treibt viele um. Wieviel Ungleichheit halten die westlichen Gesellschaften aus? Wie wird sich der Unmut der abgestürzten Klasse eines Tages artikulieren?

US-Ökonom Stephen Roach, der einst wie kein anderer das Downsizing, die radikale Verschlinkung der Unternehmen, propagierte, warnt denn auch die Reichen vor einem allzu laxen Umgang mit dem sozialen Sprengstoff. Die Arbeiter könnten, so glaubt er, schon bald zurückschlagen, mehr Anteil am Wohlstand verlangen und so das Herzstück des heutigen Kapitalismus, den boomenden Aktienmarkt, beschädigen. Seine Warnung: „Das Paradies der Investoren ist in Gefahr.“